



An den Grossen Rat

16.5102.02

WSU/P165102

Basel, 6. April 2016

Regierungsratsbeschluss vom 5. April 2016

Interpellation Nr. 28 von Pascal Pfister betreffend „Übernahme von Syngenta durch ChemChina“

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 09.03.2016)

Anfang Februar wurde nach langem Hin und Her und vielen Spekulationen über die Zukunft von Syngenta bekannt, dass der Agrochemiekonzern vom chinesischen Staatskonzern ChemChina übernommen werden soll. Stimmen die Wettbewerbsbehörden zu, steht dem Deal nichts mehr im Weg. Syngenta beschäftigt in der Schweiz rund 3'300 Arbeitnehmende an den sechs Schweizer Standorten, u.a. in Basel, Stein (AG) und Kaisten (AG). Der Interpellant nimmt zur Kenntnis, dass ChemChina offenbar keinen Abbau von Arbeitsplätzen plant. Ob dies allerdings auch mittelfristig so bleibt, ist völlig offen. Der Interpellant stellt dem Regierungsrat deshalb in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Inwiefern steht der Regierungsrat mit der Firmenleitung von Syngenta im Kontakt, um den Verbleib der Arbeitsplätze und die Sicherung des Standortes sicherzustellen?
2. Inwiefern steht der Regierungsrat bereits mit Vertretern von ChemChina in Kontakt? Welche Anliegen wurden dabei gegenüber dem Kanton geäussert?
3. Ist der Regierungsrat über die kurz-, mittel- und langfristigen Strategien für den Syngenta-Standort informiert?
4. Mit welchen Massnahmen unterstützt der Regierungsrat die Attraktivität der Region als Standort für Syngenta und vergleichbare Firmen?
5. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Idee, dass Bundesrat und Kantone im Rahmen einer aktiven Industriepolitik, die Sozialpartner, Kantone, Standortgemeinden und das Seco an einen Tisch bringen und sich bemühen, eine Deindustrialisierung der Schweiz, welche bereits durch den aufgeblähten Franken eine reale Gefahr darstellt, mit aller Kraft zu verhindern?

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Beantwortung dieser Interpellation steht unter dem Vorbehalt, dass der Eigentümerwechsel bei Syngenta auch tatsächlich so abgewickelt wird, wie er als Absichtserklärung in den Medien beziehungsweise in den Verlautbarungen von Syngenta AG dargestellt wurde.

Zu den einzelnen Fragen antworten wir demnach wie folgt:

Frage 1: Inwiefern steht der Regierungsrat mit der Firmenleitung von Syngenta im Kontakt, um den Verbleib der Arbeitsplätze und die Sicherung des Standortes sicherzustellen?

Der Regierungsrat steht in regelmässigem, direktem Kontakt mit der Firmenleitung und setzt sich für den Verbleib der Arbeitsplätze und die Sicherung des Standorts ein.

Frage 2: Inwiefern steht der Regierungsrat bereits mit Vertretern von ChemChina in Kontakt? Welche Anliegen wurden dabei gegenüber dem Kanton geäussert?

Ein direkter Kontakt mit dem wahrscheinlichen neuen Eigentümer kann erst stattfinden, wenn die Transaktion wie geplant vollzogen ist.

Frage 3: Ist der Regierungsrat über die kurz-, mittel- und langfristigen Strategien für den Syngenta-Standort informiert?

Gemäss aktuellem Informationsstand des Regierungsrates hat ChemChina glaubhaft in Aussicht gestellt, bei einer allfälligen Übernahme der Aktien von Syngenta für mindestens fünf Jahre sowohl den Hauptsitz wie auch die damit zusammenhängenden Funktionen in Basel weiterzuführen.

Frage 4: Mit welchen Massnahmen unterstützt der Regierungsrat die Attraktivität der Region als Standort für Syngenta und vergleichbare Firmen?

Bereits heute ist die Region Basel ein sehr aktiver Standort für international operierende Unternehmen. Beweis dafür sind besonders die namhaften Investitionen der Unternehmen der Life Sciences-Wirtschaft in ihre Hauptsitze und Forschungsinfrastrukturen sowie die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Die Beschäftigung stieg gemäss den Daten von BAKBASEL Economics im Zeitraum 2000 bis 2014 von rund 11'500 auf knapp über 20'000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (+76%), zwischen 2010 und 2014 um 15% (Beschäftigung 2010: zirka 17'500). Die Wertschöpfung der Branche nahm zwischen 2000 und 2014 um 148% zu. Der Regierungsrat arbeitet ständig dran, die Standortattraktivität zu erhalten und wo möglich weiter zu verbessern. Dies, indem namhafte Investitionen im Bildungsbereich, in die Erreichbarkeit, in die Gesundheitsversorgung oder in die Innovationsförderung getätigt werden oder geplant sind. Zudem verfolgt der Regierungsrat eine nachhaltige Finanzpolitik, die den Unternehmen Planungssicherheit gewährt. Für Syngenta und weitere, ähnliche Unternehmen sind zudem branchenspezifische Regulierungen auf Bundesebene sowie die Erhaltung der Personenfreizügigkeit mit der EU wichtig. Beides kann der Kanton aber nur indirekt beeinflussen.

Frage 5: Wie stellt sich der Regierungsrat zur Idee, dass Bundesrat und Kantone im Rahmen einer aktiven Industriepolitik, die Sozialpartner, Kantone, Standortgemeinden und das Seco an einen Tisch bringen und sich bemühen, eine Deindustrialisierung der Schweiz, welche bereits durch den aufgeblähten Franken eine reale Gefahr darstellt, mit aller Kraft zu verhindern?

Der Regierungsrat teilt die Auffassung nur teilweise, dass die Schweiz von einer „De-Industrialisierung“ betroffen sei. Entsprechende Studien zeigen vielmehr, dass es sich um eine Anpassung der Industrie an neuen Rahmenbedingungen handelt. Schon vor der Aufhebung der Franken-Euro-Untergrenze durch die Schweizerische Nationalbank im Januar 2015 haben Industrieunternehmen einfache und wenig wertschöpfende Arbeiten ausgelagert und dafür in der Schweiz in hochproduktive Produktionsanlagen und moderne Technologien investiert. Auch die klassische Trennung zwischen Industrie und Dienstleistungen ist heute nur noch beschränkt gültig, und die Zuweisung der Tätigkeiten zu diesen Sektoren fließend. Dienstleistungstätigkeiten wie IT, For-

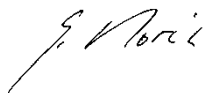
schung, Logistik, Marketing oder Gebäudeunterhalt, die früher dem zweiten Sektor angerechnet wurden, werden heute innerhalb des Dienstleistungssektors erbracht.

Im Jahr 2011 war die Schweiz - gemessen an der Industrieproduktion pro Kopf - das am stärksten industrialisierte Land der Welt, weit vor anderen typischerweise als Industrienationen geltenden Nationen wie Deutschland, Japan oder USA. Die Stärke der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern ist vor allem auf Branchen zurückzuführen, die fähig sind, ihre Produktivität und Wertschöpfung kontinuierlich zu steigern oder in Nischen mit sehr innovativen oder spezialisierten Produkten tätig sind. Es gibt keine Hinweise, dass dieser Entwicklung natürliche Grenzen gesetzt sind. Allerdings verlangen solche Prozesse von den Beschäftigten eine grosse Anpassungsfähigkeit, und sie stellen das Bildungssystem vor grosse Herausforderungen. Die zunehmende Spezialisierung kann auch dazu führen, dass die Sockelarbeitslosigkeit zunimmt, weil die Anforderungen und die Qualifikationen auseinanderklaffen. Bund und Kantonen kommt hier eine wichtige Aufgabe zu, indem sie die traditionellen Stärken der Schweiz – wie beispielshalber einen flexiblen Arbeitsmarkt sowie ein hervorragendes Bildungssystem – weiterhin aktiv fördern. Diese dienen dem Aufbau neuer Arbeitsplätze und erleichtern daher den Wandel zu Hochtechnologie-Industrien. Andere wichtige Rahmenbedingungen – zu denen es Sorge zu tragen gilt – sind eine gut funktionierende Infrastruktur, eine hohe Rechtssicherheit, eine angemessene Regulierungsdichte, eine stabile Währung, eine funktionierende Sozialpartnerschaft sowie möglichst niedrige Zoll- und Handelsbarrieren.

In Basel-Stadt lässt sich eine „De-Industrialisierung“ auch deshalb nicht beobachten, weil die dominierende Life Sciences-Industrie aufgrund ihrer hohen Produktivität und diversifizierter Absatzmärkte weit weniger von der Euroschwäche betroffen ist als beispielsweise die Metall- und Maschinenindustrie in anderen Teilen der Schweiz.

Aus diesen Gründen sieht der Regierungsrat aktuell keine Notwendigkeit für eine national begründete, aktive Industriepolitik. Eine solche würde die Gefahr bergen, nicht überlebensfähige Strukturen zu erhalten oder auf staatlich definierte Industrien zu setzen. Vielmehr setzt der Regierungsrat darauf, dass die Rahmenbedingungen in der Schweiz so attraktiv bleiben, dass unser Land weiterhin ein attraktiver Standort bleibt – auch für industrielle Tätigkeiten.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin